

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 30.09.2010

Niederschrift

der 42. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses
am Montag, dem 27.09.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 19:50 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Klaus Peter Möller
Herr Thiemo Roth

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser **Ausschussvorsitzende**
Herr Gerhard Merz
Herr Christopher Nübel
Frau Inge Bietz

(bis 19:08 Uhr)

(bis 19:08 Uhr)

(bis 19:08 Uhr in Vertr. für Stv. Schirmer)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Christian Otto

Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich

(in Vertretung für Stv. Dr. Preiß)

Außerdem:

Frau Dr. Bettina Speiser

Fraktion B'90/Die Grünen

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I
Herr Horst-Friedhelm Skib	Stabsstelle Stadtentwicklung
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer
-------------------	-------------

Entschuldigt:

Herr Burkhard Schirmer	SPD-Fraktion
Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz stellt den Magistratsantrag „Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO -Amt 66-“, STV/3289/2010, zurück.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, beantragt, den Magistratsantrag „Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Gießen – Projektgenehmigung der Straßen- und Freiflächenplanung“, STV/3290/2010, von der Tagesordnung abzusetzen, da es sich nicht um eine Satzung und zum gegenwärtig Zeitpunkt auch nicht um eine Finanzangelegenheit handele.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, spricht dagegen. In der Vorlage sei ein beträchtliches Finanzvolumen beziffert. Hinzu kämen noch unbezifferte Kosten, über die zu reden sei. Ähnliche Projekte, beispielsweise die Landesgartenschau, seien in der Vergangenheit auch im HFWR-Ausschuss behandelt worden.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion B'90/Die Grünen, betont, der Magistratsantrag sei in der letzten Woche bereits im Bauausschuss behandelt worden. Dort hätte auch über die finanzielle Seite gesprochen werden können.

Beratungsergebnis: Die Absetzung des Antrags STV/3290/2010 von der Tagesordnung wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke).

Stv. Merz, SPD-Fraktion, erklärt, er betrachte die Absetzung des Antrags als einen „extrem unfreundlichen Akt der Koalition“. Bei der Projektgenehmigung seien haushaltsrechtliche Vorschriften zu beachten, sie sei daher eine Angelegenheit des HFWR-Ausschusses. Er sehe sich nicht in der Lage, weiter an der gegenwärtigen Sitzung teilzunehmen.

Daraufhin verlassen die Stadtverordneten Merz, Nübel und Bietz von der SPD-Fraktion den Sitzungssaal.

Die **Vorsitzende** lässt über die schriftlich Anträge des Magistrats, nachfolgende Grundstücksangelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, abstimmen.

- Die nichtöffentliche Behandlung des Antrags STV/3261/2010 wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/GR/1SPD/FDP; StE: Linke).
- Die nichtöffentliche Behandlung des Antrags STV/3261/2010 wird einstimmig beschlossen.
- Die nichtöffentliche Behandlung des Antrags STV/3261/2010 wird einstimmig beschlossen.

Abschließend wird die Tagesordnung in der nachfolgenden Form mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/Linke/FDP; Nein: 1 SPD).

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 70 -
- Antrag des Magistrats vom 24.08.2010 - STV/3264/2010
3. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 08.09.2010 - STV/3289/2010
- Zurückgestellt -
4. Finanztransparenz Magistratsvorlagen/Anträge
- Antrag der FW-Fraktion vom 12.09.2010 - STV/3297/2010
5. Dezentrale Energieversorgung -"Investitionen in die Zukunft sichern - Rückschritte verhindern"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2010 - STV/3302/2010

6. Gießen-Pass STV/3269/2010
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 13.09.2010-

7. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß STV/3264/2010 § 114g HGO - Amt 70 - - Antrag des Magistrats vom 24.08.2010 -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0101110400/Invest.-Nr.: 702009001 - Erwerb. bewegl.
Geräte - Allg. Verwaltung - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

15.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 1162010100/Invest.-Nr.: 702009008 - Erwerb
Kraftfahrzeuge Müllabfuhr -.“

Eine Frage des **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, wird von **Herrn During**, Leiter der
Kämmerei, beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

3. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß STV/3289/2010 § 114g HGO - Amt 66 - - Antrag des Magistrats vom 08.09.2010 -

- Zurückgestellt -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1264010100/Invest.-Nr.: 66200972 - Grundhafte Erneuerung
Gehweg Aulweg/Schubertstraße - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

70.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 1266010100/Invest.-Nr.: 662009044 - Sanierung von
Landesstraßen -.“

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

**4. Finanztransparenz Magistratsvorlagen/Anträge
- Antrag der FW-Fraktion vom 12.09.2010 -**

STV/3297/2010

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten - bei jeder Magistratsvorlage die mit Kosten verbunden ist - zur Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung eine Kurzinformation der Kämmerei als Anlage beizufügen. Diese Anlage soll mindestens folgende Punkte enthalten:
- Zuschüsse von anderer Seite
 - Gesamtkosten
 - Kostenanteil der Stadt
 - Im Haushalt vorgesehen ja/nein
 - jährliche Folgekosten (ggf. geschätzt)
2. Der Magistrat wird gebeten zu genehmigen, dass mit finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen vor der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung ähnlich verfahren wird.“

Die **Vorsitzende** informiert, dass die Mitglieder der FW-Fraktion mitgeteilt haben, dass sie an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen können. Sie bitten, ihre Abwesenheit zu entschuldigen.

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, beantragt die getrennte Abstimmung der beiden Punkte des Antrags. Punkt 1 des Antrags sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit, an die erinnert werden könne. Punkt 2 bedeute jedoch eine unnötige Belastung der Verwaltung.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, hält auch die in Punkt 2 gewünschten Informationen in Anbetracht der Haushaltssituation für wichtig und notwendig.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, schließt sich der Auffassung der Stv. Greilich an und ergänzt, Fraktionen könnten nach der Geschäftsordnung Berichtsanträge und Fragen an den Magistrat stellen, wenn sie die voraussichtlichen Kosten einer von ihnen beabsichtigten Maßnahme berechnet sehen möchten.

Beratungsergebnis:

- Punkt 1 des Antrages wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP; NT: SPD).
- Punkt 2 des Antrages wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; NT: SPD).

5. **Dezentrale Energieversorgung -"Investitionen in die Zukunft sichern - Rückschritte verhindern"** **STV/3302/2010**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen begrüßt ausdrücklich die Investitionen der Stadtwerke Gießen in neue hocheffiziente Technologien der Energiegewinnung und lehnt daher die von der Bundesregierung kürzlich beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland als investitionshemmende und zukunftsferne Entscheidung ab.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die regionalen und kommunalen Energieversorgungsunternehmen beim Ausbau umweltfreundlicher, effizienter und regenerativer Energieerzeugung. Sie fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung auf, die dezentrale Energieversorgung zu fördern und durch eine geeignete Neuregelung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien tatsächlich durch- und umzusetzen.“

Stv. Dr. Deetjen stellt für die Fraktionen CDU, B`90/Die Grünen und FDP folgenden ersetzenden Änderungsantrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Stadtwerke Gießen bei ihren Investitionen in umweltfreundliche, effiziente und regenerative Energieversorgung, insbesondere in den Ausbau des Fernwärmenetzes mit KWK-Anlagen. Sie erkennt, dass durch einen Beschluss zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken die bisherigen Investitionen der Stadtwerke bezüglich ihrer ökonomischen Effizienz gefährdet und zukünftige Investitionen in dezentrale Energieerzeugung schwerer werden könnten.

Die unterschiedlichen Haltungen der Parteien zur Kernenergie sind durch öffentliche Verlautbarungen und Stellungnahmen bekannt.

Unabhängig davon fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, sich über den Städtetag bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Investitionen in dezentrale Energieversorgung so gestaltet werden, dass der weitere Ausbau nicht gefährdet wird, der Vorrang der Netzeinspeisung für erneuerbare Energien gewährleistet bleibt und der mittelfristig notwendige Ausbau des Stromnetzes vorangetrieben wird.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Greilich, Möller und Dr. Deetjen sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis:

Dem Änderungsantrag wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: 1 SPD/LINKE).

6. **Gießen-Pass**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 13.09.2010-

STV/3269/2010

Antrag:

„Der Magistrat unserer Stadt bietet den Gießen-Pass zum 01.01.2011 neu an: Die ursprüngliche Regelung beim Gießen-Pass, die bis zum 01.01.2002 gültig war, ist wieder einzuführen. Das heißt anspruchsberechtigt ist jeder, dessen Einkommen das 1,3-fache des Hartz-IV-Regelsatzes nicht übersteigt. Der Gießen-Pass ermöglicht die Nutzung aller kommunalen Einrichtungen wie z.B. Stadtbusse, Schwimmbäder, Volkshochschule usw. zu 25% des Normalpreises.“

Die **Vorsitzende** berichtet, dass der Antrag bereits im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport beraten wurde. Dort wurde Satz 1 des Antrags mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke) und ebenso Satz 2 des Antrags (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).

Beratungsergebnis:

Der HFWR-Ausschuss schließt sich dem Votum des SFJS-Ausschusses ohne Diskussion an.

7. **Verschiedenes**

- **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** erklärt, als Kämmerin empfinde sie es als äußerst problematisch und verantwortungslos, dass die mit der Projektgenehmigung zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes verbundene finanzpolitische Entscheidung in diesem Ausschuss durch ein Votum der Mehrheit nicht zur Erörterung kommen konnte.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, entgegnet, erstens sei der Antrag bereits im zuständigen Fachausschuss ausführlich beraten worden und zweitens käme eine entsprechende Vorlage zu gegebener Zeit auch auf die Tagesordnung des HFWR-Ausschusses.

Die **Vorsitzende** bedauert, dass die Sitzung so gelaufen sei. Bei der Gestaltung der Tagesordnung habe sie sich natürlich darüber nachgedacht, welche Anträge in diesen Ausschuss gehören. Bisher habe den Konsens gegeben, dass Anträge mit solch weitreichenden finanziellen Auswirkungen im HFWR-Ausschuss ihren Platz haben sollen. Andererseits könne der Ausschuss natürlich jederzeit über die Aufnahme und Absetzung von Anträgen mit Mehrheit entscheiden.

- **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, fragt nach den Antworten auf die in der vergangenen Stadtverordnetensitzung gestellten Berichtsanträge,

insbesondere auf den Berichts Antrag zur Stellensituation beim ASD (STV/3243/2010).

Bürgermeisterin Weigel-Greulich antwortet, ihres Wissens habe sie zu dem ASD-Antrag alles berichtet. Allenfalls könne noch eine notwendige Auskunft des Personalamts offen sein. Dies werde sie klären.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h